

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Jahresfristlicher Abonnementspreis 0,75 Mt.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Christl.-Bundler)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.,
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4720.

Nr. 91.

Berlin, Mittwoch, 12. November 1913.

Fünfundvierzigster Jahrgang

Inhalts-Verzeichnis:

Die Deutschen Gewerksvereine und der 3. deutsche Arbeiterkongress. — Arbeiter und Hanjand. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Teil. — Verbands-Teil. — Anzeigen.

Die Deutschen Gewerksvereine und der 3. deutsche Arbeiterkongress.

In der Zeit vom 30. November bis 3. Dezember wird in Berlin der 3. deutsche Arbeiterkongress tagen. Der 1. Arbeiterkongress fand im Jahre 1903 in Frankfurt a. M., der 2. im Jahre 1907 in Berlin statt. Die Veranstalter dieser Kongresse sind in erster Linie die christlichen Gewerkschaften, die katholischen Fachabteilungen Berliner Richtung, der Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband, ferner die katholischen und evangelischen Arbeitervereine. Auch der Aufruf zum 3. Kongress ist von Vertretern der genannten Organisationen unterzeichnet. Den Anlaß zur Einberufung hat nach dem Aufruf und den Kommentaren, die derselbe in der christlichen Gewerkschafts-Presse gefunden hat, die Gründung des „Kartells der schaffenden Stände“ in Leipzig gegeben. Es soll Front gemacht werden gegen die Weltverbundenen, den sozialen Fortschritt aufzuhalten, gleichzeitig aber auch, um der Steigerung der Lebensmittelpreise Einhalt zu tun, damit die breiten Massen der Bevölkerung in ihrem Kulturzustande nicht zurückgeführt werden.

Danach handelt es sich bei dem 3. deutschen Arbeiterkongress eigentlich um ein Unternehmens, das von allen deutschen Arbeitern, gleichviel welcher Richtung sie angehören, unterstützt werden möchte. Wäre es möglich, die gesamte deutsche Arbeiterschaft von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten zu einem Protest zu vereinen gegen die Bestrebungen des Leipziger Kartells, so würde das eine Kundgebung sein, die ihre Wirkung ganz bestimmt nicht verfehlen würde. Leider ist ein derartiger einmütiger Protest infolge der Zerplitterung der Arbeiterbewegung in Deutschland zur Zeit ein Ding der Unmöglichkeit. Die sogenannten freien Gewerkschaften würden in ihrem Grobmachtsdünkel sich daran nicht beteiligen. Dann aber wäre doch immer noch die Möglichkeit gewesen, wenigstens alle auf nationalem Boden stehenden Arbeiter zu einer einmütigen Kundgebung zusammenzubringen. Wir sind jetzt überzeugt, daß diese einen starken Eindruck auf die Regierung und die Parlamente gehabt haben würde. Leider aber wird auch solch eine Kundgebung nicht zustande kommen. In dem Aufruf zum 3. deutschen Arbeiterkongress laden nämlich die Einberufer ein „alle diejenigen Verbindungen der Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellten, Gehilfen und Bediensteten, die mit uns auf dem Boden christlicher Weltanschauung und nationaler Gesinnung stehen.“ Die Deutschen Gewerksvereine sind nach ihrem Programm eine nationale Organisation. Sie lehnen aber als Arbeiterberufsvereinigungen die „christliche Weltanschauung“ ab, weil sie mit gewerkschaftlichen Forderungen nichts zu tun hat. Das hindert natürlich nicht, daß ihre Mitglieder ebenso gute und überzeugte Christen sind wie die der christlichen Gewerkschaften. Durch die Form der Einladung war also den Deutschen Gewerksvereinen von vornherein die Teilnahme an dem Kongress unmöglich gemacht; sie hätten somit ihre Grundtöne anfragen.

Wäre es den Einberufern des Kongresses ernstlich darum zu tun gewesen, eine machtvolle Kundgebung zu veranstalten, so hätten sie diesen Stein des Anstoßes nicht in den Weg werfen dürfen. Die Sache der Arbeiterschaft wird dadurch entschieden schwer beeinträchtigt. Das wird auch von Männern

erkannt, die selbst der Arbeiterschaft nicht angehören, aber ein warmes Herz für sie haben und die soziale Reform entschieden gefördert wissen wollen. Von dieser Seite ist mit anerkanntem Eifer auch der Versuch gemacht worden, eine Beteiligung der Deutschen Gewerksvereine an dem 3. deutschen Arbeiterkongress herbeizuführen. Von uns ist zunächst keine ablehnende Antwort erteilt worden. Wir waren aber gezwungen, für unsere Teilnahme gewisse Vorbedingungen zu stellen. Einmal hätte der Aufruf dahin abgeändert werden müssen, daß die „christliche Weltanschauung“ daraus beiseite gelassen würde, dann aber müßten wir auch Garantien verlangen, daß die Frage der Lebensmittelvermehrung und Lebensmittelpreiserhöhung in einer Weise behandelt wird, die den Interessen der Arbeiterschaft Rechnung trägt. Die christlichen Führer als Mitglieder der Zentrumspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung haben die Politik der Lebensmittelvermehrung mitgemacht. Sie sind mitverantwortlich für ihre Folgen. Deshalb müßten wir die Gewähr verlangen, daß nicht eine im Sinne jener verkehrten Wirtschaftspolitik gebaltene Entscheidung zur Annahme gelangt.

Daß diese Bedingungen erfüllt würden, war nach den gegebenen Verhältnissen kaum anzunehmen. Wir müßten aber im Interesse des Ansehens und der Ehre unserer Organisation unbedingt daran festhalten. Infolgedessen sind die Bemühungen, eine Verständigung zwischen dem Ausschuss des Arbeitertages und den Deutschen Gewerksvereinen herbeizuführen, im Sande verlaufen. Unser Zentralrat hat sich in seiner letzten Sitzung am 7. November mit der Angelegenheit beschäftigt und nach einem eingehenden Referat des Verbandsvorsitzenden Kollegen Goldschmidt ohne wesentliche Diskussion folgende Entscheidung angenommen:

„Obgleich die Deutschen Gewerksvereine an nationaler Gesinnung nicht hinter den christlichen Gewerkschaften zurückstehen, lehnt der Zentralrat die Beteiligung an dem 3. Arbeiterkongress in Berlin ab, weil der Ausschuss dieses Arbeitertages die Bedingung stellte, daß die teilnehmenden Organisationen auf dem Boden der christlichen Weltanschauung stehen müssen. Wir Gewerksvereiner halten es für unzulässig, das Christentum zu Neffameworten zu mißbrauchen. Es kommt hinzu, daß die Vertreter der christlichen Gewerkschaften in den Parlamenten gezwungen sind, die agrarische Politik des Zentrums und der Konservativen mitzumachen und so als Arbeiter wider das Interesse der Arbeiterschaft handeln, indem sie die Politik der künstlichen Lebensmittelvermehrung unterstützen. Da ist es besser, daß die Gewerksvereine ihren Weg allein gehen, bis die Arbeiterschaft in größerer Einmütigkeit erkennt, daß Lebensmittelvermehrung keine wirksamen Freunde der Arbeiter sind, auch wenn sie im Mantel des Christentums erscheinen.“

Damit ist die Beteiligung der Deutschen Gewerksvereine an dem 3. deutschen Arbeiterkongress abgelehnt. Wie wir oben schon eingehender dargelegt haben, halten wir es im Interesse der Arbeiterschaft für bedauerlich, daß nicht eine gemeinsame Kundgebung aller auf nationalem Boden stehenden Arbeiter erfolgen kann. Die Schuld daran aber tragen nicht wir, sondern der Ausschuss des deutschen Arbeitertages, der durch seinen Aufruf von vornherein ein einheitliches Vorgehen unmöglich gemacht hat. Wäre es den in jenem Ausschuss maßgebenden christlichen Führern ernst gewesen mit einem einheitlichen und damit wirksamen Protest gegen das Leipziger Kartell, so hätten sie unbedingt den Deutschen Gewerksvereinen den Weg zur Beteiligung offen lassen müssen. Annehmend aber wollte man biblisch unter sich sein und verhalten, daß den christlichen Arbeitern einmal mit aller Deutlichkeit gesagt wird, wo die Lebensmittelver-

teuerer liegen. Ja, der Gedanke liegt sogar nahe, daß die Stellungnahme gegen das Leipziger Kartell nur ein Vorwand ist, und daß man nach einer Gelegenheit suchte, das in den letzten Jahren stark ramponierte Ansehen der christlichen Gewerkschaften durch eine solche öffentliche Veranstaltung etwas aufzubessern. Durch den Verarbeiterstreik im Ruhrrevier sind dem christlichen Gewerksverein der Bergarbeiter viele Tausende aus Mitgliedern verloren gegangen. In der Öffentlichkeit ist sein Verbleiben auf das allerschärfste gebrandmarkt worden. Dann kam der Textilarbeiterstreik in Breslau, der für die Christlichen ebenfalls mit einem erheblichen Verlust an Mitgliedern und Ansehen verknüpft war. Und welche Verwirrung hat in ihren Reihen erst die päpstliche Enzyklika wadgerufen! Das Zusammengehen mit der Berliner Richtung auf diesem 3. Arbeiterkongress soll vielleicht den Beweis erbringen, daß die christlichen Gewerkschaften in kirchlicher Hinsicht doch „einmütsfrei“ sind; sonst würden ja die vom Papste bevorzugten katholischen Fachabteilungen nicht mit ihnen zusammengehen.

Die Entscheidung des Zentralrats konnte unter den obwaltenden Umständen nicht anders ausfallen, als es geschehen ist. Selbst die aufrichtigsten Anhänger des Gedankens, daß in sozialpolitischen Fragen alle auf nationalem Boden stehenden Arbeiterorganisationen Schulter an Schulter kämpfen müssen, werden unsere Haltung zu würdigen und zu verteidigen wissen. Und wenn die Deutschen Gewerksvereine auch auf dem 3. deutschen Arbeiterkongress nicht vertreten sind, so wird dies kein Hindernis für sie sein, ebenso energisch wie bisher die Interessen der deutschen Arbeiterschaft wahrzunehmen. Sie werden dies umso wirksamer tun können, als sie in ihren Entscheidungen nicht gebremst werden durch politische oder kirchliche Fesseln, die die anderen Richtungen einschränken.

Arbeiter und Hanjand.

Die diesjährige Geniawoche hat die öffentliche Aufmerksamkeit bei weitem nicht in dem Maße beschäftigt wie die vorjährige. Die Verhandlungen sind mehr im Stillen geführt worden; auf die Veranstaltung einer großen Feierabend hat man diesmal verzichtet. Trotzdem darf man an der Tagung nicht achlos vorübergehen. Ja, verschiedene Momente fordern geradezu dazu heraus, die Haltung des Hanjabundes zu den sozialpolitischen Fragen überhaupt einmal etwas genauer unter die Lupe zu nehmen.

In wachsendem Maße hat der Hanjabund sein von Haus aus mehr oder weniger ausschließlich auf den Kampf gegen agrarischen Lebermut eingetretenes Arbeitsgebiet nach der sozialpolitischen Seite hin erweitert; aus der Abwehrorganisation der Unternehmern des Industriezweiges gegen die rückwärtsgerichteten Bestrebungen dieser, denen der reine Agrarität als Ideal vorliebte, wurde zugleich eine Arbeitervereinigung mit der Front gegen die Arbeiterbewegung. Diese tiefgedauerliche Entwicklung ist langsam, fast unmerklich vor sich gegangen, ist wohl auch noch nicht an ihrem Ende angelangt; aber ihr Vorhandensein kann nur der sozialpolitisch Blinde leugnen oder der, dessen Blick durch eine Parteibrille rettungslos getrübt ist.

Mit dem Auscheiden des internationalen Zentralverbands Deutscher Industrieller ist die Frage der Stellung des Hanjabundes zur Sozialpolitik keineswegs zur Ruhe gekommen, ja man möchte fast sagen, die praktische „Sozialpolitik“ des Bundes datiert im Wesentlichen erst seit jener Zeit. Sie hat naturgemäß die Richtung des Bun-

des der Industriellen und des Deutschen Handelstags eingeschlagen, da diese beiden Gruppen im Sanjabunde dominieren. Man könnte den leitenden Gesichtspunkt dieser Politik etwa dahin charakterisieren: in ein paar Kleinigkeiten soll den Arbeitern und Angestellten entgegengekommen werden, um die Erfüllung selbst mäßiger weiterer Forderungen hintanzubalten; ein offener Affront gegen die ganze Sozialpolitik soll unter allen Umständen vermieden werden; ja es soll auch nicht an schönen Bekenntnissen zum Werte der bisherigen Sozialreform fehlen, aber mit aller Rebutamkeit wird bald hier, bald da ein Stück Arbeiteremanzipation bekräftigt und befehdt. Nicht als ob es dem Bunde ganz an Persönlichkeiten fehlte, deren warmes Herz für die Arbeiteridast über jeden Zweifel erhaben ist (— wir denken hier besonders an Raumann und die ihm Gennungsverwandten, wie immer man auch zu ihrer parteipolitischen oder taktischen Haltung im Einzelnen stehen mag —), aber die Gesamtrichtung des Sanjabundes ist doch erheblich mehr sowohl in wirtschaftspolitischen wie in sozialpolitischer Beziehung diejenige des ehemaligen Raumannianers und späteren Negativen Stresemann, der zu den leitenden Persönlichkeiten des Bundes gehört, als die der arbeiterfreundlichen Kreise.

Die Kette von Mißgriffen auf sozialpolitischem Gebiete dürfte mit einer Nachgiebigkeit gegen gewisse krämerhaft denkende Mittelhändler begonnen haben. Wer von den im Sanjabunde organisierten Handwerfern und kleinen Detaillisten etwa einen etwas großzügigeren Blick erwartet hatte als von ihren Kollegen in den reaktionären Mittelstandsorganisationen, der dürfte einigermaßen enttäuscht gewesen sein. Insbesondere war die Stellungnahme der Mittelhändler im Sanjabunde in Bezug auf die Konjunktur eine sehr angreifbar. Man bekannte sich zwar nicht rund und nett zur völligen Segneridast gegen die letzteren, sondern griff nur die Beamtenkonjunktur an, aber: den Sach schlag man und den Ziel meinte man. Nicht die tatsächlich zu Recht bestehenden Bedenken gegen die Beamtenkonjunktur — daß sie nämlich in die Konjunkturinsache, die eine Anzeichenheit des ganzen Volkes ohne Unterschied von Rang, Stand, Klasse und Partei sein sollte, eine neue Verblitterung trugen — veranlaßten die Stellungnahme der hanjabündlerischen Mittelhändler, sondern die Sorge um ihre wahrhaftig durch andere Momente viel mehr gefährdeten engherzigen Protinteressen bewirkte diese Haltung. Daß es jedermann, insbesondere aber dem an ein festes und nur sehr schwer vermerkbare Einkommen gebundenen Beamten, freistehen muß, denjenigen Weg zur Befriedigung seiner Lebensbedürfnisse zu wählen, den er für den rationellsten hält, das ist ein Gedanke, der den Leuten gar nicht in den Sinn kam. Werkwürdigerweise erscheint dieser Gedanke auch den mit dem Sanjabunde aufs engste liierten Bund der Festbesoldeten nicht viel Kopfzerbrechen gemacht zu haben.

Nach bedenklider seit als diese unfreundliche und zweideutige Haltung gegen Konjunkturvereine und Beamtenselfhilfe ist die einseitige Stellung des Sanjabundes zu den Organisationen der Privatangestellten. Einzelne Funktionäre, allen voran Dr. Stresemann, haben sich mit aller Deutlichkeit gegen die energiereichere (die „gewerkschaftliche“) Richtung in der Privatbeamtenidast ausgesprochen, die angeblich den Klassenkampf nun auch in die Kontore verpflanzen wolle. Den Stellenvermittlungszweckverband, den der Verband Deutscher Handlungsgehilfen, der 8er Verein und der Verband Kaufmännischer Vereine unter der Bezeichnung der „Sozialen Arbeitsgemeinschaft“ gegründet haben, hat der Sanjabund in einseitiger, andre Handlungsgehilfenverbände schädigender Weise begünstigt und sich dadurch manchen neuen Gegner geschaffen. Da innerhalb der Technikerschaft eine ungewerkschaftliche Organisation von einiger Bedeutung überhaupt nicht besteht, so ist im Privatbeamtenausfüh des Sanjabundes dieser ganze Teil der Angestellten unvertreten geblieben. Sowohl der Bund der technisch-industriellen Beamten wie der Deutsche Technikerverband will von der Sanjabunds-Sozialpolitik nichts wissen. Daß die letztere auch in gelegentlichen Einzelfragen verjagt hat, sei nur nebenbei erwähnt. So hat der Sanjabund seinerzeit das Ersuchen der Techniker beim Streit der 200 Berliner Eisenkonstruktions-techniker die Vermittlung zu übernehmen, abgelehnt, weil derartige Aufgaben außerhalb seines Rahmens lägen. Die Vermittlungen, in der Urteilsfrage der Privatangestellten zu einer vermittelnden Lösung zwischen den Wünschen der Angestellten und dem mangelnden Entgegenkommen der Arbeitgeber zu gelangen, sind beispielsweise auch gescheitert („vorläufig“ aufgegeben), so daß man

wohl sagen kann, der Sanjabund sieht die Mitarbeit der Angestelltenfreie ganz gern, aber wenn sie etwa größere Erwartungen für ihre soziale Lage an dies Zusammenarbeiten knüpfen, so werden diese durch sein Verhalten bisher wahrhaftig nicht gerechtfertigt.

Tamit aber nicht genügt; auch der Arbeiteridast im engeren Sinne gegenüber hat sich die Sozialpolitik des Sanjabundes bisher höchst ungeschickt verhalten. Hier sei besonders an Professor Delbrüchs Voblied auf die Gelben erinnert, das vor Jahresfrist so veinliches Aufsehen erregte, als es vom Sanjabunde her eridoll. Tamals meinte wohl der eine oder andere, das sei eine nicht allzu ernst zu nehmende Entgegnung des konservativen Professors geweien, den die Leitung des Sanjabundes nun einmal den Ehractz gehabt hatte sich zu verdrängen. Und man sah dem geidärten Gelehrten die Irrung auf einem Gebiete, das ihm selber ein wenig fremd war, keiner iontischen Verdienste wegen willig nach und machte andererseits den Bund nicht für das voll verantwortlich, was der fremde Gast nach dieser Richtung hin gesagt hatte. Mühte es aber immerhin schon veinlich zu verdrängen, wie wenig sich die Bundesleitung damals gedrunen fühlte, nachdrücklich zu unterstreichen, sie denke in diesem Punkte anders als der Meient, so findet die Auffassung der Keimheiten, die schon damals meinten, die Kluit der Anidastungen zwischen der Leitung und Professor Delbrüch sei in der Frage der Gelben nicht eben abgrundtief, ihre nachdrückliche Stütze in der Stellung, die am letzten Sonntagabend der „Industrieller“ des Sanjabundes nach einem Vortrage des Dr. Stresemann über die Streikergesetze und die Gesehbung eingenommen hat. Schon aus den Anführungen, die Dr. Stresemann in den letzten Wochen zu dieser Frage getan hat, erhellt mit aller Gewißheit, daß er für eine idärfere Eröffnung der Streikvergehen zu haben ist. Sein Vortrag und die Beidläufe des Industrieller dazu haben diese Auffassung beidätigt. In der angenommenen Resolution wird nämlich verlangt:

1. daß für eine gleichmäßige und energische Anwendung der bestehenden polizeilichen und strafrechtlichen Vorschriften „zur Sicherung der Ruhe, Vequemlichkeit und Siderheit des Verkehrs“ gesorgt wird, und daß insbesondere zu diesem Zwecke durch das Reich dafür Sorge tragen wird, daß seitens sämtlicher bundesstaatlicher, landespolizeilicher oder provinzieller Behörden tunlichst gleichmäßige Verordnungen erlassen werden, durch welche die polizeilichen Exekutivbeamten nicht nur über das Recht, sondern auch über die Pflicht zum Einschreiten bei Streikergesetzen an Hand der bestehenden Gesehe belehrt werden.

2. die Einführung eines beschleunigten Strafverfahrens durch Abkürzung von Fristen und Verminderung von Formlichkeiten.

3. die Beseitigung der Ausnahmebestellung der Gewerkschaften und Berufsvereine durch die Bestimmung, daß der § 31 des Bürgerlichen Gesetzbuches auch auf nicht eingetragene Gewerkschaften und Berufsvereine, entsprechend anwendbar ist.

4. die Ergänzung und Abänderung der §§ 240/241 des Strafgesetzbuchs im Sinne einer idärferen Eröffnung und Begriffe der strafbaren Bedrohung und Nötigung.

So ähnlich, vielleicht etwas unverblümter, läßt auch der Zentralverband Deutscher Industrieller seine Forderungen formulieren können. Der Sanjabund aber stellt sich durch die Annahme dieser Resolution in eine Reihe mit den Hebern, die in den letzten Monaten mit so geistlichem Eifer ein Scheitern nach dem andern zur Vernichtung eines wirksamen Streikrechts herbeigeführt haben. Hat doch keine Arbeitgeberleitung, keine Zusammenkunft rechtsstehender Politiker, keine selbe Veranklung stattgefunden, die nicht die Verschärfung des angeblich heute noch so geringen Standes der Streikbrecher als oberste Pflicht der Nation hinzustellen gewagt hätte; und ist doch diese Frage in ein kritisches Stadium getreten, leit die national-liberale Reichstagsfraktion eine Uniallkommission zu ihrer Nachprüfung eingesetzt hat, die die Hoffnungen der Hirch, Fehrmann usw. schon gewaltig schwellen läßt und in der weder Herr Seckmann noch Herr Keller zur Verteidigung der Arbeiterinteressen ist. Herr Dr. Stresemann wünscht, daß die öffentliche Meinung sich endlich einmal unbefangenen und ohne parteipolitische Betrachungsweise mit der Arbeitsmülligenfrage beschäftigen möge. Man wird aber die Bemerkung nicht los, daß Herr Stresemann hier selber sehr durch die Brille des Unternehmerrats blickt, durch die er auch seinerzeit schon die Heimarbeitsfrage und insbesondere die Ergebnisse der Berliner Heimarbeitsausstellung von 1906 in so eigenartiger Lichter gesehen hat. Er scheint zu vergessen, daß dem von Arbeitgebern zusammengetragenen Material zur Streikbrecheridastfrage, an dessen Vernehmung freilich manche kurzfristige Terroristen im Arbeiterlager mitunter

in bedauerlicher Weise mitarbeiten, doch auch ein ungeheures Gegenmaterial von Streikvergehensurteilen gegenübersteht, die geradezu dramatisch idark sind und nach einer Veichtigung des unglücklichen § 153 der Gewerbeordnung geradezu idären;

So viel über die Sozialpolitik des Sanjabundes. Nicht wenige Arbeiter sind ihm seinerzeit beigetreten, als er nach der sogenannten Reichsfinanzreform von 1909 zum Kampfe gegen die Feinde des Industriestaates gerufen wurde. Wenige werden ihm heute noch treu sein. Das hat er aber durchaus selbst verdoludet. Seine Grundidee war gut: er war eine aus der Not der Zeit geborene Notwendigkeit. Auch jetzt noch ist und bleibt es wünschenswert, daß der einflussreichen Anarorganisation eine kraftvolle Industriemacht gegenübertritt. In seinem Kampfe gegen die unvollständige, dem Großhandwerks allein zugutekommende Politik des Bundes der Landwirte wird und muß der Sanjabund die Sympathien der Arbeiteridast, besonders wenn sie immer mehr erkennt, wie bedeutungsvoll die Landfrage auch für die städtischen Arbeiteridast ist, auf seiner Seite haben. Aber wer die Kraft des Sanjabundes diesen Aufgaben als den dringendsten und wichtigsten voll und rein erhalten wissen möchte, der muß mit uns ihm den wohlgemeinten Rat geben: H ä n d e w a g v o n d e r S o z i a l p o l i t i k ! Bisher hat der Bund in sozialpolitischen Dingen eine durchaus unglückliche Hand gehabt. Er zeige sich in der Beschränkung auf sein ursprüngliches Aufgabengebiet als Weiser, und die Sympathien der Arbeiter und Angestellten werden nicht ausbleiben. Die Verquickung aber des gerechten Kampfes gegen die Agrardomäne mit einem Klassenkampf gegen Arbeiterrechte kann nur die eigene innere und äußere Kraft der Sanjabewegung schwächen und muß den rüchichtslosen Widerstand aller Arbeiterkreise wachrufen.

Dr. Ludwig Bende, Salenjee.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 11. November 1913.

Die letzte Zentralratssitzung am 7. November dauerte ungewöhnlich lange. Zuerst wurde der Bericht des Verbandsreferenters Kollegen Kautz für das III. Quartal entgegengekommen. Zu irgend welchen Erinnerungen lag kein Anlaß vor. Es folgte dann die Beipredung unserer Stellung zum 3. deutschen Arbeiterkongress, über deren Verlauf an leitender Stelle berichtet wird. Im Aniduß daran wurde nach längerer Aussprache folgende Erklärung gegen das sogenannte Kartell der idastenden Stände ein it i m i g angenommen.

Der Zentralrat der Deutschen Gewerbevereine (G.D.) erwartet von dem hohen Reichstage, daß er den Versuch des sogenannten „Kartells der idastenden Stände“, die sozialpolitische Entwicklung zurückzuschrauben, mit Entschiedenheit abweist. Der Auf nach „Aufrechterhaltung der Autorität“ in den wirtschaftlichen Betrieben“ bedeutet nichts weiter, als daß den Großunternehmern schon die bestehenden Bestimmungen, die zum Schutze der Arbeiter und ihrer bürgerlichen Rechte in der Gesehbung bestehen, eine unbenutzbare Fessel sind, die sie ablegen möchten, um völlig unabhingig und frei wie über ihre Werkzeuge auch über die Menschen, die sich dieser Werkzeuge für Lohn bedienen, verfügen zu können. Die Deutschen Gewerbevereine hingegen halten es für notwendig, daß die Rechte der Arbeiter in einem Reichsarbeitsrecht Regelung und Ordnung finden, damit die Millionen von Menschen, die sich aus dem abhängigen Lohnverhältnis nicht erheben können, sondern immer Lohnarbeiter bleiben müssen, sich doch zu bürgerlicher Freiheit und Gleichberechtigung entwickeln können. Ein nechtliches Abhängigkeitsverhältnis paßt nicht in den Geist unseres modernen Lebens. Die Arbeiter wollen an dem Betriebe interessiert sein, dem sie ihre Arbeitskraft, ihre Gesundheit und selbst oft genug ihr Leben opfern; sie wollen über das, was von Vorteil für den Produktionserfolg ist, mit den Vertretern der Betriebe beraten können, mit einem Wort, sie wollen Menschen und nicht bloß Werkzeuge sein.

Was die in Leipzig Verbündeten unter Schutz der nationalen Arbeit“ verstehen, ist den Arbeitern bekannt. Das sind hohe Fülle insbesondere auf Brot und Fleisch, das sich das Volk in eine unentragliche Teuerung hineingetrieben worden ist, und die auch als Hauptursache für den Rückgang der Geburten anzusehen ist. Will man diese Politik fortsetzen und weiter verschärfen? Die Verbündeten von Leipzig wollen es. Die Arbeiter wollen es nicht. Gewichtig durch die Erfahrungen, die sie mit der Teuerung machen mußten, erwarten sie von der Volksoberleitung, daß sie die Fülle abbaut, um allmählich wieder zu normalen Zuständen in der Preisbildung zurückkommen. Will man die nationale Arbeit durch hohe Fülle schüßen, dann hat man auch die Pflicht, die nationalen Arbeiter zu schüßen vor der ausländischen Konkurrenz billiger Arbeitskräfte, die alljährlich

bis zu einer Million an Zahl nach Deutschland kommen und den deutschen Arbeitern die Arbeit wegnehmen.

Einen „Schuß der Arbeitswilligen“, wie ihn die Scharfmacher wünschen, lehnen auch die nationalgesinnten Arbeiter ab. Wohl findet der sozialdemokratische Terror, unter dem wir Gewerbetreibende oft und schwer zu leiden haben, unsere schärfste Verurteilung, aber wir wissen auch, daß polizeiliche Maßnahmen hierin keine Besserung herbeiführen. Hier haben die Unternehmer schon jetzt die Möglichkeit, diejenigen Arbeiter zu entlassen, die sich gegen Andersdenkende unduldsam erweisen. Ein energischer Widerstand gegen den Terror wird erzieherisch wirken und in den Kreisen der Arbeiter die Auffassung verhängen, daß sie sich trotz aller politischen und kirchlichen Gegenstände doch gegenseitig ertragen müssen, wenn sie nicht ihre eigenen Interessen schädigen wollen.

Die wirksamste Bekämpfung der Sozialdemokratie und sozialistischer Irrlehren“ erkliden wir, im Gegensatz zu den Verehrungen des Leipziger Kartells, in der weiteren Verbesserung unserer Schulen, Beschaffung von Bibliotheken seitens der Gemeinden, in der vermehrten Beteiligung der Geschulten an dem Streben nach höherer Bildung für das Volk. Der Unwert der Massen stützt die Demagogie; Aufklärung und Bildung auch auf den Gebieten der Wirtschaftswissenschaften und des staatlichen Lebens vermehren und festigen das Verständnis für den nationalen Gedanken in der arbeitenden Bevölkerung. Eine denkfähige Volksmasse wird national gegn sein.

Gegen das Kartell des geschlechtlich sanktionierten Raubes an den Volksgütern erheben wir allerhöchsten Protest. Kot tut und eine freischütznationale Entwicklung im Wirtschafts- und Geistesleben. Sie wird die deutsche Nation unüberwindlich stark machen.

Bezüglich unserer Stellung zum Leipziger Kartell verteilten wir bei dieser Gelegenheit auf den Artikel: „Kartell der Scharfmacher und Brotverbreuer“ in Nr. 80 des „Gewerkevereins“.

Bei den Berichten aus dem Bureau wurde zunächst eine das Herbergsweien betreffende Angelegenheit besprochen. Es folgte dann eine längere Ansprache über das Arbeitersekretariat Frankfurt. Ein die Berichtertätigung betreffender Antrag fand einstimmige Annahme. Kollege Klein erstattete sodann einen kurzen Bericht über den Delegiertentag der Eisenbahner, Kollege Goldschmidt über den der Bergarbeiter. Beide Redner konnten sich auf ihre Berichtsleistungen im Verbandsorgan berufen. Ein von Kollegen Reutweit begründeter Antrag des geschäftsführenden Ausschusses, sämtliche Verbandsbeamte aus Kosten der Verbandskasse gegen Unfall zu versichern, wurde einstimmig angenommen. Zum Schluß machte Kollege Goldschmidt noch Mitteilung über einen Plan, Haushaltsbudgets aufstellen zu lassen. Der Zentralrat gab dazu seine Zustimmung; die weitere Ausführung wurde dem geschäftsführenden Ausschuss übertragen.

Nach eine Abfrage an das Leipziger Kartell. Ende voriger Woche fand in Berlin eine gegen das „Kartell der schaffenden Stände“ gerichtete Protestversammlung der deutschen Mittelstandsvereinigungen statt, in welcher es der bekannte Obermeister H. A. Hardt als Unsinns bezeichnete, wenn von den Mittelständlern jetzt verlangt werde, daß sie sich mit Interessentengruppen verbinden sollten, die bisher ihre fallunterschiedlichen wirtschaftlichen Gegner gewesen sind. Von Gott und Teufel gegen das Handwerk können nur durch eine vernünftige geheimes Wahlrecht befreit werden, aber gerade der Bund der Landwirte und die Schwerindustrie seien die erbittertesten Gegner eines solchen. Aus diesen und auch aus anderen Gründen müsse ein Zusammengehen der Mittelstandsvereinigungen mit den im Leipziger Kartell vereinigten Organisationen entschieden abgelehnt werden. Für das Liebeswerben des Kartells um den Mittelstand gebe es nur ein entschiedenes „Nein!“

Mit Recht wurde in der weiteren Debatte darauf hingewiesen, daß das Leipziger Kartell in erster Linie eine politische Kampforganisation sei. Bund der Landwirte und Schwerindustrie hätten weitestgehend andere Interessen als der Mittelstand. Der Reichsdeutsche Mittelstandsverband, der das Bündnis mit geschlossen hat, sei eine Kampfvereinigung gegen die Handwerkskammern. Ihn kann und darf nicht noch Vorwärts geleitet werden. Nach weiterer längerer Aussprache gelangte sodann einstimmig eine Resolution zur Annahme, in der es heißt:

„Daß der Beitritt des Reichsdeutschen Mittelstandsverbandes zum Leipziger Kartell der schaffenden Stände“ der Aufgabe einer Mittelstandsvertretung widerspricht, da diese den Kampf nach oben und nach unten, nicht bloß nach unten, zu führen hat. Ferner erkliden die Angehörigen des erwerbstätigen Mittelstandes in diesem Kartell auch an sich eine schwere Gefahr für den Mittelstand, weil seine berechtigten

Interessen dabei vernachlässigt, die Lebenslage noch weiter verteuert und die Interessenkämpfe der Erwerbsstände unnötig verschärft werden.“

Daß das Leipziger Kartell selbst in Handwerkerkreisen zu energischen Widerstand findet, ist erfreulich. Aus den vielen Abjagen aus den verschiedenen Erwerbskreisen darf geschlossen werden, daß die Pänne der Scharfmacher und Brotverbreuer nicht in den Himmel wachsen.

Arbeiterbewegung. Die Differenzen in der Genossenschafts-Tabakfabrik Frankenberg i. S., über die wir an anderer Stelle ausführlich berichtet, waren am Sonnabend Gegenstand von Verhandlungen zwischen der Geschäftsleitung der Großverkaufsgenossenschaft und dem Zentralvorstand des Tabakarbeiterverbandes. Dabei kam es zu einem Vergleich, dahinabehend, daß die Arbeiter ihre Arbeit wieder aufnehmen und die Streitpunkte einem Schiedsgericht unterbreitet werden sollen, dessen Entscheidung für beide Teile bindend ist. — Der Streik in der Maschinenbau-Aktiengesellschaft in Aichersleben nimmt seinen Fortgang. Er ist inzwischen auf dem toten Punkt angelangt, da keinerlei Verhandlungen zwischen beiden Parteien stattfinden. — Nach von dem Streik im Hofen zu Sektzin, der seinen Fortgang nimmt, ist nichts Neues zu melden.

Die Aussichten, den idernen Kampf in Tullin bald zu beendigen, werden immer geringer. Die Unternehmer holen von allen Seiten, insbesondere aus Liverpool, nichtorganisierte heran, wodurch die Anfrigung unter den Streikenden von Tag zu Tag wächst. Immer häufiger tauchen Gerüchte auf, daß die Arbeiter den Generalstreik proklamieren wollen. Wie der Sekretär des irischen Transportarbeiterverbandes öffentlich erklärte, sollen alle dem Verbands anstehenden Trade Unions zur Arbeitseinstellung aufgefordert werden, wenn die nichtorganisierten nicht zurückzulegen werden.

„Genossen als Arbeitgeber.“ In Frankenberg i. S. besitzt die Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine (Zis Hamburg) eine Zigarrenfabrik, deren Leitung natürlich in den Händen von „Genossen“ liegt. Vergangene Woche ist es in diesem Betriebe zur Ausvernung gekommen, und zwar unter so eigenartigen Verhältnissen, daß wir darüber den Kollegen Mitteilung machen müssen. Wir halten uns dabei an die Schilderung im „Vorwärts“, der in seiner Nr. 291 vom Sonnabend darüber wörtlich folgendes berichtet:

„Die G. G. G. sperrte die im Fabrikbetriebe Frankenberg i. S. beschäftigten Zigarrenarbeiter aus, weil diese sich nicht bereit erklärten, unter einer plötzlich angeordneten Arbeitsverflechtung zu arbeiten. Zur Orientierung dieses gewiß bedauerlichen Vorganges diene deshalb nachfolgende Klarstellung. In diesem in Frankenberg i. S. seit mehr als 13 Jahren bestehenden Genossenschaftsbetriebe besteht von Anfang an die Einrichtung, daß die Zigarrenmacher ihre an einem Tage gefertigten Zigarren in einen Schragen (Kasten) reihenweise hineinlegen und abliefern. Mit dieser Einrichtung, die in vielen Betrieben ohne Schaden für den Fabrikanten besteht, will die Leitung der G. G. G. brechen. Sie ließ deshalb ganz plötzlich, ohne den Versuch einer Verständigung mit den Arbeitern zu machen, am Sonnabend letzter Woche anordnen, daß von dieser Woche an alle Zigarrenmacher ihre gefertigten Zigarren noch auf einen mit Leinen überspannten Rahmen auszuliegen und abzuliefern hätten. In dieser Abänderung des Arbeitsverhältnisses sehen die Arbeiter mit Recht eine Verhärterung, also eine Verschlechterung ihres Arbeitsverhältnisses und erfordern darum, sofern diese Arbeitsweise partout zur Einführung kommen solle, eine Aufbesserung des Barlohnes um 20 Pfg. pro tausend Zigarren. Der Obermeister Steffen, dem dieser Vorschlag gemacht wurde, erklärte darauf, daß die G. G. G. sich auf nichts einlasse; wer seine Zigarren nicht auf den Rahmen lege, sei entlassen. Darauf wandten sich die Arbeiter am Dienstag, den 4. November, durch den Arbeiterausschuss noch einmal an den Obermeister mit dem Ersuchen, mit der angeordneten Entlassung solange zu warten, bis die maßgebenden Instanzen — in diesem Falle, da ein Tarifvertrag besteht, der Vorstand des Deutschen Tabakarbeiterverbandes und die Leitung der G. G. G. — angezogen und eventuell entschieden hätten, da es doch nicht darauf ankomme, ob diese Regelung 14 Tage eher oder später eingeführt würde. Darauf antwortete Obermeister Steffen kurz und bündig, daß es für sie, die Leitung der G. G. G., gar keine Instanzen gebe, die da mitzureden hätten; wer seine Zigarren nicht auf den Rahmen zu legen, sei sofort als entlassen zu betrachten. Nachdem so die Einigungsversuche erfolglos geblieben oder versperet worden waren, mußten die Arbeiter den Betrieb verlassen. Vor Zugung nach den Zigarrenfabrikanten der G. G. G. in Frankenberg i. S., Dödenheim i. B. und Hamburg wird streng gewarnt.“

Die „Genossen“ Arbeitgeber muten also ihren Arbeitern eine Arbeitsvermehrung zu, von einer

entsprechenden Lohnerhöhung aber wollen sie nichts wissen. Der Versuch einer Verständigung wird rundweg von ihnen abgelehnt. Wer nicht pariert, der fliegt, und so wari man 140 Arbeiter auf's Kflaster, weil sie sich eine tarifwidrige Behandlung nicht gefallen lassen wollten. Also rote „Ausbeuter“ und „Scharfmacher“, wie sie im Buade stehen.

Die 475. Veranstaltung des Vereins für Volksunterhaltungen findet am Sonntag, den 16. November, abends 7 Uhr im Konzertsaal der Königl. Hochschule für Musik (Gardenbergstraße) statt. Es werden mitwirken: Fräulein Margaret zur Nieden (Gesang), Herr Professor Henri Marteau (Violine), Herr Oberregisseur Dr. Rudolf Frank (Rezitation).

Gewerkevereins-Zeil.

§ Bremen. In der letzten Ortsverbandssammlung hielt Kollege Rejchlat einen Vortrag über das Taylor-System oder die wissenschaftliche Betriebsführung. Der Redner führte aus, daß nachem in letzter Zeit in Deutschland über dieses von Amerika zu uns herüber gekommene System viel gesprochen und geschrieben worden ist, es auch notwendig ist, daß die Arbeiter sich mit dieser Arbeitsmethode vertraut machen. Der Grundgedanke dieses Systems ist, in kurzen Worten, durch das strenge durchgeführte Arbeitsteilung, durch Ausnutzung jeder Minute Zeit und durch geschulte ausgenützte Befähigung des einzelnen Arbeiters die Produktion um das 3-fache zu steigern. Zunächst wies der Redner auf die Jahrhunderte lange Entwicklung der Fabrikation hin und behandelte insbesondere die im letzten Jahrhundert gemachten gewaltigen Fortschritte auf allen Gebieten. Durch diese Entwicklung ist auch das Verhältnis des Arbeiters zum Arbeitgeber ein anderes geworden. Das heutige mit allen seinen Auswüchsen bestehende Afford- und Prämienystem kann man als eine Vorstufe des Taylorsystems bezeichnen. Aus diesem Grunde geht das Verhalten der Organisationen dahin, das Affordsystem möglichst zu beseitigen, und so finden wir denn auch, daß schon heute in einzelnen Tarifverträgen diesem Rechnung getragen ist. Taylor hat nun in 30jähriger Praxis ein System ausgearbeitet, welches seiner Ansicht nach beiden Teilen gerecht werden soll. Für den Arbeitgeber soll durch die Vermehrung der Produktion ein höherer Gewinn erzielt werden, und der Arbeiter soll bei einer verkürzten Arbeitszeit mehr verdienen. Der Redner führte mehrere Beispiele dafür an, auf welche Art und Weise die Vermehrung der Produktion erfolgen soll. Durch wissenschaftlich gebildete Aufseher wird der Arbeiter des eigenen Denkens entbunden und ebenfalls zur Maschine degradiert. Die Werkzeuge und Maschinen müssen natürlich aufs beste und vollkommenste hergestellt werden. Die wichtigste Frage ist jedoch die, ob dieses System sowohl für den Arbeiter wie überhaupt für das gesamte Volkswohl von Vorteil ist. Abgesehen davon, daß durch die Vermehrung der Produktion um das 3-fache die Wirtschaftskrisen viel schneller aufeinanderfolgen würden als heute, liegt das System aber auch in gesundheitlicher Beziehung Schäden für die Arbeiter in sich, die unübersehbar sind. Die Folgen würden sein, daß, während der Arbeiter schon heute im allgemeinen mit 40 Jahren als verbraucht betrachtet wird, durch die Ausnutzung seiner ganzen Kräfte er schon in früheren Jahren vollständig aufgebraucht ist. Aus diesem Grunde hätten deshalb auch der Staat und die Gesellschaft ein erhebliches Interesse daran, daß dieses System nicht durchgeführt würde. Mit aller Entschiedenheit aber müssen sich die Arbeiter gegen ein derartiges System wehren, welches ihre Gesundheit und Arbeitsfähigkeit in kurzer Zeit vernichtet. In der sich an diesen Vortrag anschließenden regen Diskussion stellten sich alle Redner auf denselben Standpunkt.

§ Hamburg. Der Bericht der Sekretariatsleitung für das III. Quartal gibt uns ein erfreuliches Bild von der Entwicklung unserer Bewegung in Hamburg. Das III. Quartal erhielt besondere Bedeutung durch die Bestarbeiterbewegung. Unsere Stellung war klar, und wenn dennoch irrige Meinungen entstanden sind, so liegt dies daran, daß ein Berichterstatter im „Samb. Fremdenbl.“ ungenaue Berichte veröffentlichte. Hier sei noch einmal festgesetzt, daß die Bewegung der Bestarbeiter zur Herbeiführung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse unsere vollste Sympathie hatte, und die neuesten Berichte über die Gewinne einiger Besten lassen erkennen, daß ein größeres Entgegenkommen der Bestbesitzer sehr wohl möglich gewesen wäre, ohne daß deshalb die Erzielung der Besten in Frage gestellt worden wäre. Entschieden verurteilt haben wir jedoch die wilde Arbeitsniederlegung, weil die Verhandlungen noch nicht endgültig abgeschlossen waren. Die nach der Bewegung bei uns eingetretene Mitglieberzunahme läßt erkennen, daß die Arbeiter unser Verhalten als durchaus richtig anerkannt haben. Leider hat der Verlauf der Bestarbeiterbewegung aber auch den Glauben an die Notwendigkeit der Organisation bei vielen beeinträchtigt. Besonders schwer haben darunter die sogenannten „freien“ Gewerkschaften zu leiden. Andererseits legen die Gelben ein dreifaches Auftreten an den Tag, weil sie von den Unternehmern gebührend beachtet werden, abgesehen sie selbst starr organisiert sind, innerlich die Gelben bezachten,

